

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 4/2024

5. November 2024



## Liebe Leserinnen und Leser,

Der Parlamentsbetrieb nach der Sommerpause hat schon seit Wochen Fahrt aufgenommen. Sowohl im Bund als auch im Land werden die Haushalte aufgestellt und in den kommenden Wochen in den Parlamenten beraten. Der anhaltende Krieg in der Ukraine und die drohende Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, vor allem in der deutschen Autoindustrie und bei ihren Zulieferern, stellen uns weiterhin vor große Herausforderungen. Die Bundesregierung unter Führung von Olaf Scholz muss und wird Maßnahmen ergreifen, damit unsere Wirtschaftskraft und damit viele wichtige Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dabei halte ich es für mehr als unangebracht, mit wilden Spekulationen zum Ende der Regierungskoalition immer wieder Öl ins Feuer zu gießen. Der Bundeskanzler und die SPD wissen um die große Verantwortung, die sie für unser Land tragen und werden dieser gerecht werden.

Am 23. Oktober hat Landesfinanzminister Danyal Bayaz seinen Entwurf für den Doppelhaushalt 2025/2026 mit einem Rekordvolumen von 136,5 Milliarden Euro in den Landtag eingebracht. Die im Vergleich zum Mai nun deutlich schlechter ausfallende Herbststeuerschätzung prognostiziert einen Einnahmenverlust von ca. 1,85 Milliarden Euro. Doch auch wenn die wirtschaftliche Lage schlechter zu werden droht und die Steuereinnahmen zurückgehen, darf das keine Rechtfertigung für die grün-schwarze Landesregierung sein, in Schockstarre zu verfallen. Gerade jetzt muss in Baden-Württemberg mutig gehandelt werden. Gemäß dem Ernst der Lage gilt es, alle möglichen Spielräume, die sich aus dem Haushalt ergeben, kraftvoll zu nutzen. Entlarvend ist dabei, dass der Finanzminister im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Herausforderungen das Land in Verlierer und Gewinner aufteilt. Dabei wäre es die Auf-

gabe der Landesregierung, in die Zukunftsfähigkeit des Landes zu investieren und den Industriestandort Baden-Württemberg zu sichern. Statt Gejammer brauchen wir Impulse für mehr Wachstum. Für die Kommunen müssen die Ausführungen des Finanzministers wie Hohn klingen, wenn das Land auch im neuen Doppelhaushalt Geld bunkert, während Städte und Landkreise nicht wissen, wie sie ihre Aufgaben finanzieren und ihre Haushalte ausgleichen sollen. Unsere Kommunen müssen unterstützt werden, insbesondere bei so wichtigen Themen wie Bildung, Integration und der Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Was dagegen nicht sein darf, ist ein weiterer Stellenzuwachs, wie ihn Ministerpräsident Kretschmann und Landtagspräsidentin Aras für ihren in den letzten Jahren ohnehin aufgeblähten Verwaltungsapparat wünschen. Ja, uns fehlen Leute, aber nicht in der Landtagsverwaltung oder im Staatsministerium. Wir brauchen mehr Stellen in den Verwaltungen unserer Städte und Gemeinden. Dort gilt es, Geld in die Hand zu nehmen und in den Ausländerbehörden, den Wohngeldstellen und anderen Ämtern den Beratungs- und Zulassungstau so schnell wie möglich abzubauen. Aber die emsige „Pöstchenschafferei“ der Grünen, die berechtigte Angst vor einem Machtverlust bei der nächsten Landtagswahl haben, ist finanziell nicht länger tragbar und muss ein Ende haben. Das sieht nicht zuletzt auch der Landesrechnungshof so.

Einen hoffnungsvollen Blick möchte ich über den Atlantik werfen. Heute wird sich entscheiden, ob die Vereinigten Staaten weiterhin ein demokratisch geführtes Land und damit ein verlässlicher Partner für unser Land und Europa sein werden. Mögen wir vor einem gefährlichen Präsidenten verschont bleiben, der ankündigt, im Falle seines Sieges sein Land in eine Diktatur zu verwandeln. Das würde nicht nur die Demokratie in den USA beschädigen, sondern ein Erstarken des rechten Randes in Deutschland und ganz Europa befeuern.

Ich wünsche Euch eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

## Fraktionsklausur in Neckarsulm

Unsere Herbstklausur fand in diesem Jahr in Neckarsulm statt. Neben Besuchen von bedeutenden Unternehmen in der Region, wie Audi, und Gesprächen mit Mandatsträgern und Bürgerinnen und Bürgern haben wir einen umfangreichen **Zukunftsplan für Baden-Württemberg** auf den Weg gebracht. Mit unseren Vorschlägen wollen wir die Landesregierung zwingen, endlich wieder ins Tun zu kommen. Die derzeitige Stillhalte-Politik von Grün-Schwarz gefährdet nicht nur zunehmend den Wohlstand im Land, sondern auch den Fortbestand unserer Demokratie. Deswegen sind die drei wichtigsten Handlungsfelder, auf die wir uns auf unserer Klausur konzentriert haben die Reform unseres Bildungssystems, die Transformation unserer Wirtschaft und der Erhalt unserer Demokratie:

**Bildungssystem: Mit zwei Säulen in die Zukunft**  
Bildung ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Der Reformbedarf zeigt sich an den mittleren und hinteren Plätzen, die unser Land in Bildungsstudien inzwischen belegt. Anstelle eines zergliederten Schulsystems, das durch unnötige Mehrfachstrukturen Unmengen an Ressourcen verschlingt, wollen wir zwei Säulen mit einer neuen Sekundar-schulart, die die Gemeinschafts-, Haupt-, Werk- und Realschule zusammenführt, und dem Gymnasium. Beide Wege sollen gleichwertig sein und den Weg zum Abitur und allen anderen Bildungsabschlüssen ermöglichen.

### Arbeitsplätze sichern – industrielle Transformation erfolgreich meistern

Baden-Württemberg ist ein Industrieland und soll es auch bleiben. Um unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu machen fordern wir eine „Transformationsmilliarde“. Damit soll unter anderem die Infrastruktur ausgebaut, Innovationen verstärkt gefördert und sogenannte Transformations-Modellregionen eingerichtet werden. Innerhalb dieser Modellregionen muss von Landesseite für weitreichende Erleichterungen gesorgt werden, beispielsweise durch die Beschleunigung von Genehmigungen im Baurecht. Ein Staatsfonds des Landes soll sich zeitlich befristet an Unternehmen in der Transformation beteiligen können.

### Wehrhafte Demokratie fördern

Teil unseres Zukunftsplans sind auch konkrete Maßnahmen, die dafür sorgen, dass unsere Demokratie wehrhaft bleibt. Wir setzen auf eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Rechtsextremismus. Zur besseren Verfolgung schwerster Kriminalität fordern wir eine Mindestspeicherfrist für bestimmte Telekommunikationsdaten (Vorratsdatenspeicherung). Außerdem sollen für die Polizei Zulagen erhöht und Aufstiegschancen verbessert werden.

## Kreisvorsitzenden-Konferenz

Zwei Mal im Jahr findet eine Konferenz der Vorsitzenden aller SPD-Kreisverbände im Land statt. Dabei geht es um einen direkten Austausch und darum, Beschlüsse zu fassen. Am 21. September sind dafür viele engagierte Genossinnen und Genossen in die Landeshauptstadt gekommen. Es waren wieder gute Gespräche, die wir in Stuttgart geführt haben und im ganzen Land mit den Bürgerinnen und Bürgern fortsetzen wollen. Als Sozialdemokraten stellen wir uns jeglicher Diskussion, auch zu den schwierigen Themen, die oft keine einfachen Antworten erlauben. Auf Marktplätzen, in Fußgängerzonen und auf Veranstaltungen in ganz Baden-Württemberg werden wir unsere Politik den Menschen näher bringen und unsere Forderungen und Ziele erklären.



Foto: SPD Baden-Württemberg

## Zum Rücktritt von Kevin Kühnert

Ich bedaure, dass Kevin Kühnert von seinem Amt als SPD-Generalsekretär zurückgetreten ist. Er hat unsere Partei immer klug, verständlich und kämpferisch nach außen vertreten. Generalsekretär zu sein ist ein herausforderndes und Kräfte zehrendes Amt. Dass er es aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt hat, führt uns einmal mehr vor Augen, dass auch wir Politiker und Politikerinnen nur Menschen sind. Menschen, die in den meisten Fällen mit großem Engagement, immensem Zeitaufwand und Herzblut ihrer Arbeit nachgehen und sich für unsere Demokratie und einen funktionierenden Staat einsetzen, die aber auch verletzlich sind. Ich danke Kevin Kühnert für seine Arbeit und wünsche ihm für seinen weiteren Weg das Beste.



Foto: SPD Baden-Württemberg

## Regierungsinfo Sicherheitspaket

In der 103. Landtagssitzung am 25.09. stellte Ministerpräsident Kretschmann das geplante 36 Millionen Euro teure Maßnahmenbündel der Landesregierung zur Diskussion, mit dem sie die Sicherheit im Land stärken, die Migration ordnen und Radikalisierungen vorbeugen will. (Auszug aus meiner Rede)

„Es ist richtig und notwendig, dass wir uns hier mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Meine Fraktion ist bereit, gemeinsam mit Ihnen geeignete und ziel-führende Maßnahmen zu beschließen. Dabei ist eine differenzierte Betrachtung entscheidend. Wir müssen Lösungen präsentieren, die den Menschen das Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat zurückgeben. Wir dürfen dabei aber nicht den Verlockungen erliegen, mit Pauschalurteilen zu arbeiten und Menschen unter einen Generalverdacht zu stellen, die in diesem Land nach Recht und Gesetz leben. Wir waren voller Erwartung, als es hieß, die Landesregierung habe sich auf ein Sicherheitspaket verständigt. Doch als die ersten Inhalte veröffentlicht wurden, hat das nicht nur in meiner Fraktion für Fragen gesorgt. Die Punkte, die Sie auf sieben Seiten auflisten, sind überhaupt nicht neu. Ist Ihr Sicherheitspaket nur ein politisches Manöver, weil andere Bundesländer schon längst eigene Sicherheitspakete geschnürt haben und Sie sich unter Zugzwang fühlen? Alles darin ist schon längst beschlossen: mehr Polizisten, Extremismusprävention durch Traumarehabilitation für Geflüchtete, altbekannte Modellversuche zur automatischen Erkennung von Gesichtern und Kennzeichen, ein neues Antiterrorzentrum. Sie liefern wohlfeile Überschriften, aber kein Konzept. Sie wollen eine große KI-Offensive starten, doch bleibt das reine Zukunftsmusik, denn beim LKA fallen regelmäßig Stromnetze und Server aus. Unsere Polizei braucht Technik und Kompetenzen, um KI auch erfolgreich einsetzen zu können. Die Länder haben vom Bund die Möglichkeit gefordert, mehr abzuschieben. Der Bund hat geliefert. Doch damit Gefährder und Straftäter schneller abgeschoben werden können, brauchen wir mehr Plätze für Abschiebehäft. Das hat die SPD in den letzten Monaten regelmäßig gefordert. Auch plädieren wir für eine europa- und verfassungskonforme Vorratsdatenspeicherung. Das Land muss endlich seine Hausaufgaben machen! Dazu gehört auch, den Polizeidienst attraktiver zu machen. Unsere Strafverfolgung muss gestärkt werden durch mehr Stellen in den Staatsanwaltschaften und neue Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften. Ihr Paket enthält viele Worte und wenig Wirkung und zeigt, dass es Ihnen mehr um den politischen Effekt geht als um nachhaltige Sicherheit.“

## Rückzahlung Corona-Landeshilfen

Ebenfalls am 25.09. ging es in einer Aktuellen Debatte, beantragt von der SPD, um die Rückzahlung von Coronahilfen. Hier erlebte das Land bereits mehrere Pleiten vor Gericht, weil sich betroffene Betriebe erfolgreich gegen die unrechtmäßigen Rückforderungen wehrten. (Auszug aus meiner Rede)

„Gegen die Rückforderungen des Landes gibt es eine fünfstellige Zahl von Widersprüchen, über 1000 Klagen sind anhängig und eine Musterklage von Frisören war jetzt vor Gericht. Und dieses sagt in seinem Urteil sehr eindeutig, dass das Land im Unrecht ist. Baden-Württemberg hatte in der Pandemie vor allem auch Bundesmittel als Hilfen verteilt. Doch gerade zu Beginn ging es der Landesregierung tatsächlich darum, mit eigenem Geld den Gewerbetreibenden zu helfen. Das war gut und richtig! Die Schließung der Geschäfte während der Lockdowns war für viele Betriebe ruinös. Die Hilfen des Staates haben damals viele Existenzen gerettet. Dabei wurden in der allerersten Phase der Soforthilfen des Landes erhebliche Fehler gemacht. Obwohl der Bund seine Förderkonditionen damals bereits transparent gemacht hatte, wählte das Wirtschaftsministerium hier eigene, irreführende Formulierungen. Denn was das Land in dieser Phase als Hilfe leistete, war fast immer als nicht rückzahlbare Soforthilfe angepriesen worden. Später tat man so, als seien dies Darlehen gewesen. Ungeschickt war auch, dass für die Hilfen erst der Termin galt, an dem diese beantragt wurden, und nicht der Zeitpunkt, als die Betriebe schließen mussten. Andere Länder haben das deutlich besser geregelt und haben heute weniger Ärger. Es herrschte damals enorme Unsicherheit über die richtigen Maßnahmen und es war Eile geboten. Es konnte nicht alles perfekt laufen. Das Land hat die „ungeschickten“ Förderkonditionen noch im Frühjahr 2020 geändert, als es seinen Fehler bemerkt hatte. Der Fehler wurde korrigiert, aber nie eingestanden. Doch das Urteil erklärt nun deutlich: So, wie das Land das Geld zurück will, geht es nicht. Juristisch ist das eine Pleite für das Land, politisch eine Katastrophe. Das Land geht gegen tausende Betriebe vor, die nichts falsch gemacht haben, und setzt sie quasi mit Betrügnern oder säumigen Schuldern gleich. Das Land tut das mit enormem Aufwand und stupender Sturheit. Lassen Sie das bleiben! Grün-Schwarz behauptet, sie wollen Lehren aus der Pandemie ziehen, die Gesellschaft nach Corona befrieden. Doch hier zeigt sich die Kluft zwischen politischem Versprechen und Ihrer gelebten Praxis. Wir fordern: Legen Sie kein Rechtsmittel gegen dieses Urteil ein! Machen Sie Schluss mit den unrechtmäßigen Rückforderungen!“

## Ein Jahr „SportmitStoch“



Mit meiner Reihe „SportmitStoch“ bin ich seit einem Jahr in ganz Baden-Württemberg unterwegs und schaue mir unterschiedlichste Vereine und Sportarten an und trainiere natürlich auch selber mit. Dabei ist es mir wichtig zu hören, was die Menschen bewegt, welche Sorgen und Nöte sie umtreiben und welche Wünsche sie mir als Politiker mitgeben. Gleichzeitig erfahre ich aus erster Hand, was unsere Sportvereine beschäftigt und welche Unterstützung sie sich wünschen, um weiterhin ihre großartige und wichtige ehrenamtliche Arbeit leisten zu können. Und ich kann viele spannende Sportarten ausprobieren, was eine tolle Abwechslung zu meinem politischen Alltag ist. Wo ich schon überall war, könnt Ihr auf meiner Homepage verfolgen: <https://www.andreas-stoch.de/sportmit-stoch/>

Besonders freue ich mich, dass ich auch schon in zwei Vereinen aus meinem Wahlkreis mittrainieren durfte. Nachdem ich im Frühjahr bei den Mannheim Bandits war, konnte ich Anfang September bei den Ostalb Highlanders in Schnaitheim mitspielen. Das Tackling klappte noch immer und mein Spaß am Football ist ungebrochen. Der Austausch mit Spielern und Trainern hat mir gezeigt, wie viel Herzblut in diesem Verein steckt. Ende September war ich mit dem WSCA in Söhnstetten beim Disc Golf und konnte dort die wunderschöne Landschaft der Ostalb sportlich genießen. Ziel beim Disc Golf ist es, mit möglichst wenigen Würfeln zu punkten. Das ist gar nicht so einfach und für mich noch ein langer Weg.



## Wir kämpfen für sichere Arbeitsplätze!

Organisiert von der der IG Metall Heidenheim demonstrierten am 26. Oktober viele hundert Menschen für wichtige Industriearbeitsplätze in unserer Region auf dem Heidenheimer Rathausplatz. Gemeinsam mit den engagierten Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie und anderen politischen Mandatsträgern habe ich mich für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Voith, TDK und anderen regionalen Unternehmen stark gemacht. Personalabbau darf nicht die Antwort auf Transformation sein! Unsere klare Botschaft lautet: Wir kämpfen um jeden einzelnen Arbeitsplatz, denn nur eine starke und sichere Industrie sichert den Wohlstand und die Zukunft unserer Region. Wenn hier die Produktion verloren geht, trifft es uns alle: die Arbeiter, ihre Familien, die Stadt, und auch unsere lokalen Bäcker, Metzger und Handwerker in Heidenheim und Umgebung. Wir erleben derzeit einen schlimmen Trend, der zu Lasten der Produktion und vieler wertvoller Arbeitsplätze geht. Dabei wissen wir, dass gerade die hohe Wertschöpfung in der Produktion den Südwesten wirtschaftlich stark gemacht und gerade die hohe Dichte an produzierenden Betrieben in unserer Region zu einer großen Zahl hochqualifizierter Fachkräfte geführt hat. Diese müssen wir erhalten! Das ist entscheidend für die Zukunft unseres Standorts sowie für das ganze Land.



### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)

Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)